

5K
CHAJIM ARLOSOROFF

Lage
und nächste Aufgaben
unserer Kolonisation



Referat, erstattet vor dem
XIX. Delegiertentag der Z.V.f.D. in Dresden
am 26. Juni 1923



HITACHDUT-VERLAG / BERLIN 1923

הפועל הצעיר

כלי מבטאה של מפלגת הפועלים
העברים בא"י „הפועל-הצעיר“.
יר"ל פעם בשבוע ע"י הועד המרכזי:
המערכת והאדמיניסטרציה:

Hapoël-Hazair
Jaffa, Tel-Aviv.

המכירה הראשית בארצות
הוליוטה הנמוכה נמסרה
להוצאת-ספרים „התאחדות“:

Verlag „Hitachdut“
Berlin - Charlottenburg
Carmersstraße 6

ארבעטס-פאלק

צענטראל-ארגאן פון דער
אלוועלטליכער ציוניסטישער
ארבעטס-פארטיי „התאחדות“
(הפועל הצעיר - צעירי ציון).

ערשיינט צוויי מאל
אין חדש אין בערלין.

רעדאקציע אין אדמיניסטרעציע:

Arbeitsvolk
Berlin - Charlottenburg
Carmersstraße 6



„Die Arbeit“

Organ der Zionisfischen Volkssozialisfischen
Partei „Hapoël-Hazair“, Deutscher Landes-
verband der allweltlichen Zionisfischen
Arbeitspartei „Hitachdut“

Administration:

Berlin - Charlottenburg,
Carmersstraße 6



„Das freie Wort“

Organ der Zionisfisch-Sozialisfischen
Partei „Zeire-Zion“ (Hitachdut)
in der Bukowina

erscheint wöchentlich!

Redaktion und Administration:

Cernovici, Cas. Post. 34

Meine Damen und Herren!

Der entscheidende Frontabschnitt im Kampf des Zionismus um die Verwirklichung seiner Ziele liegt in der Kolonisationsarbeit selbst und dem, was damit unmittelbar verknüpft ist, der Wirtschaftspolitik und der Kapitalpolitik also. Mögen sich zeitweilig auch andere Teilkriegsschauplätze, mögen sich politische und organisatorische Fragen auffallend stark in den Vordergrund drängen — diese Erscheinung hat viele Gründe: sie fesselt mehr ein verbildetes politisches Interesse der Bewegung, sie läßt mehr Spielraum für allerhand organisatorische Kombinationen und scharfsinnige Schlüsse, sie läßt mehr die reine Ideologie, die alle Beziehungen zur Wirklichkeit verloren hat, zur Geltung kommen — so wird doch das Schicksal unserer Bewegung im Grunde nur von der Entwicklung unseres kolonisations-wirtschaftlichen Aufbaus entscheidend bestimmt werden. Auch die politische Geltung und Macht der zionistischen Bewegung hängt auf die Dauer ganz bestimmt von der Entfaltung unserer sozial und ökonomisch konstruktiven Kräfte im Lande ab; von den Positionen ökonomischer und sozialer Realmacht wird auf die Dauer nicht nur unser Verhältnis zu den Arabern, nicht nur die Stellung der palästinensisch-britischen Administration zu unserer Arbeit, sondern auch letzten Endes die Bedeutung, die z. B. die Jewish Agency für den Palästina-Aufbau bekommen wird, oder die Geltung der zionistischen Exekutive gegenüber der Mandatarmacht abhängig sein. Es wäre also falsch, wenn der XIII. Zionistenkongreß aus Sensationslust oder aus Verlegenheit oder aus jenem Hang zu organisatorischen Kombinationen, von dem wir eben gesprochen haben, sich bestimmen ließe, seine Arbeit wiederum auf die breite Diskussion aller dieser „politischen“ Fragen zu beschränken, und die Fragen unserer sachlichen Aufbauarbeit im Lande demgegenüber mehr in den Hintergrund treten würden. Es muß vielmehr unser Bestreben sein, nicht nur hier, sondern auch in den Tagen des Kongresses die zentrale Bedeutung, die die kolonisations- und kapitalpolitischen Probleme für uns besitzen, mit aller Kraft zu betonen, zu versuchen, dem Kongreß die Physiognomie der engen Verbundenheit mit den realen Lebensfragen des jüdischen Jischuw in Palästina aufzuprägen. Vielleicht daß auf diese Weise auch politische Gegensätze in der zionistischen Organisation, die sich in der letzten Zeit allzu stark vorgedrängt haben und übertrieben zugespitzt worden sind, gemildert werden können, wenn an die Stelle der politischen oder gar der persönlichen Auseinandersetzung die sachliche Erörterung kolonisations-wirtschaftlicher Fragen tritt.

Stärker als von allen anderen Problemen müßte die zionistische Bewegung ja von der Tatsache berührt werden, daß die großzügige Kolonisationsarbeit, die nach dem Kriege und den großen politischen Erfolgen des Zionismus zu erwarten stand, noch gar nicht eingesetzt hat. Diese Feststellung muß gemacht werden, um keine Selbsttäuschung im Zionismus in dieser Beziehung aufkommen zu lassen. Es ist manches in den Nachkriegsjahren getan worden. Wir hatten die dritte Alijah, wir hatten einige Versuche neuer Kolonisation, wir hatten die öffentlichen Arbeiten und das äußere Wachstum der Städte, wir hatten auch in gewisser Hinsicht eine Konsolidierung der bestehenden Positionen. Aber das in Maßen und Methoden neue Kolonisationsprogramm, den errungenen Möglichkeiten in Tempo und in Größen angepaßt, der „Aufbau des Landes Israel“, die planmäßige jüdische Großkolonisation hat noch nicht einmal eingesetzt. Es ist notwendig, das zu betonen, um in der zionistischen Bewegung nicht die unbegründete Resignation aufkommen zu lassen, die allzu schnell sich mit dem heute gegebenen Tempo der Einwanderung und der Siedlungsarbeit und den im Augenblick gegebenen Größenmöglichkeiten der Kolonisation abfindet und womöglich noch aus der Not eine Tugend macht, indem sie voreilig die Ideologie unserer augenblicklichen Schwäche anpaßt. Der kolonisationsatorische Wille des Zionismus muß unverrückt auf das Ziel eines jüdischen Großsiedlungswerks in Palästina konzentriert bleiben. Die Erreichung dieses Zieles sichert allein auch die national-politischen und national-kulturellen Wirkungen, die das Judentum der Welt vom Palästina-Aufbau erwartet. Es handelt sich nicht darum, etwa den alten und unfruchtbaren Streit zwischen Maximalisten und Minimalisten aufzuwärmen, sondern nur darum, klar festzustellen, daß Tempo und Maßstäbe unserer gegenwärtigen Arbeit auch noch weit hinter den Arbeitsprogrammen derjenigen zionistischen Wirtschaftspolitiker zurückbleiben, die als die extremsten Minimalisten verschrien worden sind. Mit diesen Größen müssen wir wohl für den Augenblick rechnen, aber wir dürfen uns nicht auf weitere Sicht mit ihnen zufriedengeben.

Wir stehen also in der Sphäre der Kolonisation noch immer im Stadium der Vorbereitung. Wir haben aber die Augen klar auf den Uebergang zu den großzügigen und systematischen Aufbaumethoden gerichtet, die kommen müssen, wenn unsere Generation ihrer zionistischen Aufgabe gerecht werden will. Vielleicht war es sogar nicht anders möglich, als daß die ersten Jahre nach Beendigung des Krieges dieses Stadium der Vorbereitung weiter hinzogen. Nach der Erschütterung aller wirtschaftlichen Verhältnisse durch den Krieg und der gewaltsamen Unterbrechung aller ökonomischen Beziehungen mußte unser Siedlungswerk erst wieder reorganisiert werden und Energien sammeln. Das Land ist in einen neuen politisch administrativen Zusammenhang gestellt worden, die neue Verwaltung mußte sich erst notdürftig installieren und die vorbereitenden gesetzgeberischen und administrativen Verfügungen treffen. Der Zionismus mußte seinen Finanzapparat den neuen Anforderungen anpassen, auch das erforderte Zeit und

dieser Anpassungsprozeß steht auch heute noch am Anfang. Die endgültige Formgebung der Finanzen mußte überdies von der definitiven Entscheidung über die politischen Formen, in denen sich unser Siedlungswerk in der nächsten Zeit abspielen wird, abhängig sein. Diese Entscheidung ist erst im Verlauf der letzten Monate gefallen. Alle diese Momente mußten zur Folge haben, daß die ersten Jahre nach dem Kriegsende eine gewissermaßen natürliche Karenzzeit für unsere Kolonisationsarbeit darstellen.

Andererseits ist inzwischen in manchen Beziehungen eine Erschließung des Landes für einen raschen wirtschaftlichen Aufschwung vor sich gegangen. Der Ausbau des palästinensischen Eisenbahnnetzes, die Ausgestaltung des Straßensystems im Land, die mit der dritten Alijah und den öffentlichen Arbeiten einsetzte, der Aufschwung des Automobilverkehrs, der für palästinensische Bedingungen von relativ sehr weittragender Bedeutung ist, stellen in dieser Hinsicht für ein so kleines Land wie Palästina schon weitwirkende Fortschritte dar. Es ist damit eine Grundlage geschaffen, auf der eine systematische Kolonisationsarbeit und Immigration aufbauen kann.

Nun ist die Durchführung dieses größeren Immigrations- und Kolonisations-Programms natürlicherweise an die Verfügung über die für diese Zwecke notwendigen Kapitalien gebunden. Es muß die Pflicht der zionistischen Kapitalpolitik sein, diesem Problem ins Auge zu sehen und an seine Lösung heranzugehen. Die zionistische Kapitalpolitik muß sich darauf einstellen, die Deckung des großen Mittelbedarfs unseres Siedlungswerks in den kommenden Jahren zu ermöglichen oder wenigstens planmäßig vorzubereiten. Auch hier wäre eine Beschränkung des Interesses und des Aktionsradius auf die Bedürfnisse und Möglichkeiten des gegenwärtigen Augenblicks falsch und kurzichtig. Aber solange dieser Uebergang der zionistischen Kapitalpolitik zu den Methoden und Maßstäben des Landesaufbaus noch nicht vollzogen ist, wäre es müßig, die konkreten Aufgaben der Palästina-Kolonisation für die nächste Zeit unabhängig davon in abstrakten Weiten abzustecken. Auch das Kolonisations-Programm muß sich diesem Uebergangsstadium anpassen, einen Uebergangscharakter tragen und in der Richtung auf die kommende Zeit sich den Möglichkeiten eingliedern, die das heutige Budget der Zionistischen Organisation eröffnet. Das Aktionsprogramm für die Siedlungsarbeit, das der XIII. Kongreß zu beraten haben wird, wird also im Rahmen des Etats seinen Platz finden müssen, über den wir gegenwärtig verfügen können.

Was nun die Verfügung über den Palästina-Etat anbetrifft, so sollte dabei auch in den Grenzen der unmittelbar der Kolonisation dienenden Ausgaben ein klarer Trennungsstrich zwischen denjenigen Ausgaben, die für die Schaffung dauernder wirtschaftlicher Positionen von Juden in Palästina nutzbar gemacht werden und solchen, die nur vorübergehende Arbeit, Reservebeschäftigung bieten können, gezogen werden. Wir standen die ganzen letzten Jahre hindurch und stehen auch heute noch unter dem Druck der

politischen Notwendigkeit einer ununterbrochenen Fortsetzung und Verstärkung der Alijah. Die Fortsetzung der Alijah ist eine Lebensnotwendigkeit für den jüdischen Jischuw in Palästina und wirkt heute mit genau der gleichen Wucht, wie sie 1920 und 1921 gewirkt hat. Solange jedes Schiff, das in Palästina anlegt, neue jüdische Einwanderergruppen an Land setzt, solange der Strom jüdischer Jugend und Arbeitskraft ins Land fließt, kann auch eine schwere finanzielle und ökonomische Krisis nicht über das Fortschreiten und den Machtzuwachs der jüdischen Position im Land hinwegtäuschen. Solange die Alijah weitergeht, empfinden die Engländer diesen Machtzuwachs, empfinden die Araber diesen Machtzuwachs, empfindet ihn auch die palästinensische Judenheit. Diese Alijah bringt nun stoßweise größere Trupps von Chaluzim nach Palästina, die nicht sofort von der palästinensisch-jüdischen Wirtschaft resorbiert werden. Es ist das kein Wunder. Im Gegenteil wird jeder, der die Immigrationsbewegung nach viel größeren und reicheren Siedlungsländern untersucht hat, überrascht sein, wie günstig verhältnismäßig die palästinensischen Resorptionsergebnisse, wie klein die Rückwanderungsquote, wie klein die Quote der Beschäftigungslosigkeit ist, wie schnell die Aufsaugung der Neueinwandernden im Grunde genommen vor sich geht. Aber diese Ergebnisse sind nur dadurch zu erreichen, daß unsere Kolonisations- und Einwanderungsbehörden einen Abschnitt der Reservearbeit zwischen die Ankunft der Einwanderer und ihre endgültige Aufnahme in das Wirtschaftsleben des Jischuw einschieben und diese Reservearbeiten gleichfalls aus ihrem Budget decken. So nützlich an und für sich diese Maßnahmen auch sein mögen, wie notwendig sie sein mögen unter den Bedingungen der palästinensischen Alijah, so dienen sie doch nicht dazu, die dauernde wirtschaftliche Existenz der in diesen Arbeiten Beschäftigten zu begründen. Die Verwurzelung des Arbeiters im palästinensischen Wirtschaftsleben mit dem Ziel seiner ökonomischen Unabhängigkeit von irgendwelchen äußeren Kapitalzuschüssen ist aber das eigentliche Gebiet und Gebot der kolonimatorischen Tätigkeit. Wenn es daher auch notwendig ist, im Palästina-Wirtschaftsbudget den Bedürfnissen der Alijah in angemessener Weise Rechnung zu tragen, so sollte doch dieser Posten von dem der eigentlichen Kolonisationstätigkeit scharf getrennt werden. Und wenn die beiden Posten zusammen auch die wesentlichsten des ganzen Palästina-Budgets sind und als solche den Vorrang vor allen anderen bekommen müssen, so verdient unter ihnen beiden derjenige unsere besondere Aufmerksamkeit und das äußerste Maß von möglicher Berücksichtigung, der uns gestattet, die nächsten Aufgaben der Palästina-Kolonisation sachgemäß zu erfüllen.

Fragen wir uns nun, welches diese nächsten Aufgaben der Palästina-Kolonisation konkret genommen sind, so haben wir von der gegenwärtigen Lage des Siedlungswerkes auszugehen. So, als ob wir aus dem palästinensischen Leben heraus urteilen, müssen die Fragen gestellt und behandelt werden. Und da muß ich zunächst rundheraus erklären, daß für mich im wesentlichen noch die „veraltete“ zio-

nistische Kolonisationslehre in Geltung ist, die das ganze Schwergewicht unserer Siedlungstätigkeit auf die landwirtschaftliche Kolonisation verlegt. Und ich brauche nicht hinzuzufügen, daß meiner Anschauung nach nur diejenigen landwirtschaftlichen Kolonisationsformen einen nationalen Wert repräsentieren, die auf der erneuernden und unentwurzelbaren Grundlage der jüdischen Arbeit aufgebaut sind.

Diese Anschauung erscheint manchem „veraltet“ der sich willig von den Erscheinungen der letzten Monate hat fesseln lassen, die ihm in Palästina den ganzen Zauber der „städtischen Kolonisation“ vor Augen geführt haben. Er sah die Häuser, um mich des Touristenausdrucks zu bedienen, wie Pilze aus dem Boden schießen, er sah die sprunghafte Ausdehnung von Tel-Awiw auf nackten Sanddünen, er sah die Zusammenballung der Arbeiterschaft und des Verkehrs an diesen Punkten. Und mit der „städtischen Kolonisation“ und der privaten Initiative, die sie durchführte, begann man aufs neue überspannte Hoffnungen zu verknüpfen. Diese Hoffnungen können sich dennoch nicht verwirklichen, die sprunghafte Aufwärtsentwicklung der palästinensischen Städte hat heute keine genügende volkswirtschaftliche Begründung in sich. Sie kann — gegenwärtig — kaum mehr sein als eine Uebergangerscheinung mit relativ engen Grenzen; und alle, die voreilig Kolonisationsprogramme auf diese Entwicklung konstruieren, haben buchstäblich auf Sand gebaut.

Zwar hat die sogenannte städtische Kolonisation in den letzten Jahren in zweifacher Beziehung eine nationalwirtschaftlich wertvolle und wichtige Funktion erfüllt. Sie bildete in diesen Jahren einerseits — und das durch ihren hauptsächlichsten Zweig, die Bauunternehmung — das Aufnahmereservoir für einige Tausende von Arbeitern. Als nämlich im Herbst 1921 die großen öffentlichen Arbeiten, die zum überwiegenden Teil von der Regierung ausgegeben waren, sich ihrem Ende näherten, setzte gerade, von den Mitteln der Hypothekenbank unterstützt, die private Bautätigkeit in den Städten in größerem Maße ein, und nahm die von den Kwischim abströmenden Arbeiterelemente in sich auf. Während im Herbst 1921 der Misrad P'Awodot Ziburiot etwa 50 Arbeiter in der Bautätigkeit beschäftigt hatte, belief sich die Zahl seiner Bauarbeiter im Sommer 1922 auf ungefähr 2000 Arbeiter. Dazu kommen noch diejenigen, die außerhalb des Misrad bei privaten Unternehmern Arbeit gefunden haben. Dadurch wurde eine weite Kreise umfassende Erwerbslosigkeit verhindert, die von unliebsamen politischen und ökonomischen Folgen hätte sein müssen und auch zu einer unerwünschten Verstärkung der Rückwanderung hätte führen müssen.

Andererseits erfüllte die Stadt die produktive Funktion, die auch die öffentlichen Arbeiten schon erfüllt hatten: sie bildete viele Hunderte von Chaluzim, die als ungelernete Arbeiter oder für andere Tätigkeiten vorbereitet ins Land gekommen waren, in allen Zweigen, die mit der städtischen Arbeit verbunden waren, aus. Wie wir aus den öffentlichen Arbeiten die gelernten Gruppen von Steinhauern, Chausseearbeitern, Eisen-

bahnbauarbeitern erhielten, so bildete jetzt die Bauunternehmung in der Stadt auf allen Gebieten, Eisenbetonbau und Ziegelbau, Holz- und Steinbau die Arbeiter heran. Nach einer Berechnung, die von der Leitung der Baugesellschaft Haboneh aufgestellt worden ist, betrug z. B. die Steigerung der Arbeitsproduktivität der jüdischen Arbeiter im Eisenbeton-, Ziegelbau, in den Fußboden- und Tüncharbeiten von 250 bis 280 %. (Die entsprechenden Lohnsteigerungen betragen allerdings nur 100 bis 130 %.)

Aber die Erfüllung dieser Funktionen von der „städtischen Kolonisation“, vor allem von der Bauunternehmung, liegt erstens gar nicht im wirtschaftlichen Wesen dieser Tätigkeit und hat zweitens enggesteckte Grenzen. Es ist alles in allem eine Scheinblüte, die jetzt mit schnellen Schritten ihrem Ende entgegengeht. Es bedarf hier keiner weiteren Erklärungen dafür, daß die Bautätigkeit in den Städten, die nach der Kriegsunterbrechung in fieberhaftem Tempo die beiden letzten Jahre hindurch angehalten hat, unter den gegenwärtigen Bevölkerungsverhältnissen der palästinensischen Städte nicht immer weiter ausgedehnt werden kann. Der Ausdehnung sind vielmehr durch die Größe der Städte relativ sehr enge Grenzen gesetzt, und der Sättigungspunkt muß bald erreicht sein. Es kann die Sorge nicht von der Hand gewiesen werden, daß dieser Punkt schon jetzt sehr nahe bevorsteht, und daß für die nächsten Monate mit einer nicht unbedeutenden Erhöhung der Arbeitslosenziffern in den Städten gerechnet werden muß. Das Versiegen der alten und das Ausbleiben der neuen Hypothekenkredite im Sommer wird noch verstärkend in dieser Hinsicht wirken. Der Zionist im Galuth und das ganze jüdische Volk soll wissen, daß der jüdische Bauarbeiter in Palästina schon die ganzen letzten Monate ein System der Arbeitsstreckung angenommen hat, das dem Einzelnen zwar nur drei Arbeitstage in der Woche als Lohn läßt, das aber wiederum dazu beiträgt, die Arbeitslosigkeit in ihrer schärfsten Form zu verhindern. Es soll auch gewußt werden, daß nicht wenige Arbeiter in den Städten gegenwärtig mit 25 Piastern die Woche ihr Auskommen finden müssen.

Uebrigens wird in diesen Monaten auch die Alijah bereits nur noch zum kleinen Teile von der Bauarbeit aufgenommen. Die Alijah hält sich zwar auch in der letzten Zeit auf ihrer für diese Jahre normalen Höhe von etwa 800 bis 1000 Einwanderern monatlich, aber sie besteht zum großen Teil gar nicht aus Chaluzim oder Arbeiterelementen, sondern sie setzt sich vielfach aus älteren Personen und Familien zusammen, die entweder zu Angehörigen nach Palästina herüberwandern oder aber sich selbständige Existenzmöglichkeiten verschafft haben, deren nationalwirtschaftlicher Wert übrigens teilweise außerordentlich skeptisch betrachtet werden muß. Die im Zionismus sprichwörtlich gewordene Uebersetzung des Selterwasserhandels und darüber hinaus die Uebersetzung im Kleinhandel überhaupt ist nur ein symptomatisches Produkt dieser letzten Periode der Alijah.

Dennoch würde die städtische Kolonisation, wie sie sich in ihren gegenwärtigen Formen darstellt, nicht nach ihrer augenblicklichen Fassungskraft für die Alijah, nicht einmal

nach ihrer augenblicklichen wirtschaftlichen Bedeutung zu beurteilen sein. Man muß vielmehr die national-wirtschaftliche Bedeutung untersuchen, die sie im ganzen gesehen für die Entwicklung eines produktiven jüdischen Jischuws im Lande repräsentiert. Und da muß man allerdings auch zu recht zweifelhaften Resultaten kommen. Stellen wir nicht einmal so sehr die sogenannte Industrie in den Vordergrund. Nach allem großen Gerede über die Industrie und die industriellen Möglichkeiten, nach allen Beschwörungen und Animierbemühungen der privaten Initiative ist die Entwicklung der gewerblichen Produktion bis zum heutigen Tage überaus ärmlich geblieben. Sie hat an fast keiner Stelle gezeigt, daß sie in irgendwie nennenswertem Umfang heute schon als Einzelunternehmung Anziehungskraft für das Erwerbskapital besitzt oder die konkrete Aussicht eröffnet, das Reservoir für eine breitere Alijah zu bilden. Nach einer Statistik, die die Chewrah PHitpatchut Kalkalith schel Erez Jisrael im letzten Jahr über die jüdische gewerbliche Produktion in Palästina veranstaltet hat, sind einige Zahlen zu nennen die den Arbeitsradius der jüdischen Industrie deutlich beleuchten. Von 391 gewerblichen Betrieben, die die Statistik in Jaffa erfaßt hat, benutzen nur 16 Betriebe Motoren. Die 18 Motore, die insgesamt benutzt wurden, hatten zu 90 % bis zu 18 PS. Noch drastischer liegen dieselben Verhältnisse in Jerusalem. Dort verfügen von 1344 gewerblichen Betrieben nur 26 Betriebe über insgesamt 28 Motore. Von diesen 28 Motoren sind 16 bis zu 14½ PS stark, keiner über 45 PS. Es ergibt sich daraus schon unzweideutig, daß es sich im wesentlichen um ganz kleine handwerkliche von einem Handwerker höchstens unter Assistenz weniger Gehilfen betriebene Werkstätten handelt, wie sie ja auch den Wirtschaftsverhältnissen Palästinas, wie sie heute gegeben sind am natürlichsten entsprechen. Der palästinensische Markt ist eben noch sehr eng und sehr wenig kaufkräftig und über diese Grenzen der Absatzmöglichkeiten hinaus ist, solange nicht eine stärkere jüdische Einwanderung eine Verdichtung des inneren Marktes herbeiführt, eine Existenz von privatkapitalistischen Industrien nicht denkbar.

Die Zusammenhänge, die zwischen dem Umfang und dem Produktionsradius der bestehenden gewerblichen Betriebe und diesen Marktbedingungen bestehen, kommen übrigens klar in einer anderen Tatsache noch zum Ausdruck. Jeder Gewerbezweig kennt nämlich, wie die Statistik deutlich zeigt, im gegenwärtigen Palästina nur einen oder ganz wenige ihn vertretende Betriebe. Der ganze Bedarf des heute gegebenen inneren Marktes wird eben leicht durch einen oder wenige kleine oder höchstens mittlere Betriebe gedeckt. Rechnet man dazu die Kapitalnöte, in denen sich alle diese Gewerbe, die kleinen wie die mittleren, die handwerklichen wie die maschinellen Betriebe, befinden, so weiß man, daß die Krisis im jüdischen Gewerbe Palästinas nur durch eine Erweiterung der Basis des inneren Marktes, d. h. eine Verstärkung und Verdichtung der landwirtschaftlichen Bevölkerung und eine Erhöhung ihrer Kaufkraft herbeigeführt werden kann. Von den in Jaffa gezählten Betrieben besaßen 50 % ein Kapital von unter 50 Pfund, das sind also 1000 Goldmark. Nur 10 % der Betriebe hatten ein

Kapital von über 1000 Pfund. In Jerusalem gar hatten 81 % der Betriebe ein Kapital bis zu 2000 Goldmark (100 Pfund) und nur 3 % der Unternehmungen eines von über 1000. Da eine industrielle Kreditbank ebenso wie eine Handwerkerbank derzeit noch nicht besteht, können diese Kapitalnöte auch nicht auf dem Wege des Kredites behoben werden. So kommt es, daß auch die heute schon bestehenden industriellen Betriebe kümmerlich dahinleben, viele in ihrer Existenz bedroht sind, die größten von ihnen auf Wochen und Monate im Jahre ihre Produktion stilllegen müssen. Die hohen Schuldzinsen drücken, die Absatzaussichten sind infolge der gegenwärtig gegebenen scharfen Verknappung der Zahlungsmittel im Lande besonders ungünstig.

Aber ziehen wir gar nicht so sehr die Gewerbe in Betracht, die sich in einer sehr schwierigen und ungünstigen Situation befinden, sondern betrachten wir vielmehr gerade die beiden Zweige der städtischen Wirtschaftstätigkeit in Palästina, die verhältnismäßig erfolgreich in den letzten Jahren gearbeitet haben und in denen das Privatunternehmen scheinbar Fuß gefaßt hat, das Importgeschäft und die Bauunternehmung, so werden wir doch, indem wir sie nationalwirtschaftlich bewerten, im großen ganzen zu keinem positiven Urteil kommen können. Was zunächst das Importgeschäft anbetrifft, so ist es im Verlauf dieser Jahre im wesentlichen auf dem Valutadumping basiert, wobei der sehr hohe Wert der ägyptischen Valuta, die für Palästina Zwangskurs hat, als Einfuhr anreizender Faktor zu bewerten ist. Aus diesem Grunde wird ein Import möglich, der allein der Menge nach über die national-ökonomisch begründete Aufnahmefähigkeit des Landes hinaus aufgebläht ist. Wenn man hinzufügt, daß es sich qualitativ zum Teil um einen Schleuderimport schlimmer Sorte, wie er auch in irgend welchen levantinischen Küstenstädten nicht schlimmer gedacht werden kann, handelt, so wird man in der Rentabilität des Importgeschäfts nur einen schwachen Trost finden. Die Profite der Importeure sind allerdings zum Teil sehr groß gewesen. Selbst die liberal eingestellte ökonomische Zeitschrift „Mis'char Wetaassjah“ spricht von Importprofiten von 50 bis 150 % und darüber. Diesen Profiten steht selbstverständlich auch ein hohes Risiko gegenüber. Außer den verheerenden Wirkungen, die teilweise durch einen derartigen Import auf die Konsumgewohnheiten des jüdischen Jischuw ausgeübt werden, werden überdies dadurch viele Versuche, die einheimische Produktion von wichtigen Bedarfsgütern zu schaffen, im Keim erstickt. Die jüdische Kaufmannschaft Palästinas weigert sich bisher in weiten Kreisen, die Produktion der inländischen Gewerbe in ihre Bestände aufzunehmen, weil sie bei ihnen nicht so hohe Profite erzielt, wie am Ramschimport. Ich habe in meinem neuen Buche mehrere Beispiele aus der Möbelindustrie, Seifenherstellung, Stiefelwischen-Produktion angeführt, die zeigen, daß die Rentabilität des Importgeschäfts teilweise durch die Ausschaltung der inländischen Erzeugung, die beinahe einem Boykott gleichkommt, d. h. aber durch eine Zurückkrängung der Produktivkräfte des jüdischen Jischuw, erkauft ist. Danach wird man die nationalwirtschaftliche Bedeutung dieses Geschäftszweigs zu beurteilen haben.

Die Bauunternehmung andererseits hat auf ihre Weise den Wohnungsbedarf, der in den palästinensischen Städten gegeben war, befriedigen wollen, aber auch hier fragt sich welche volkswirtschaftlichen Wirkungen sie am Ende erzielt hat. Stellt man diese Frage, so wird man auch hierin nicht zu eindeutig zustimmenden Resultaten gelangen können. Wenn man bedenkt, daß im städtischen Baugeschäft in den letzten Jahren viele hunderttausend Pfund — man spricht von 1½ Millionen — investiert worden sind, so wird man sich fragen müssen, ob diese Anlage wirklich die national-wirtschaftlich dringlichste gewesen ist. Wenn man, wie Ruppin mitgeteilt hat, nach den gegenwärtig gegebenen Kolonisationskosten mit Hilfe von 700 Pfund eine Familie in der Landwirtschaft und eine Familie im Handwerk in einer dauernden ökonomischen Existenz ansetzen kann, wozu gleichzeitig nach den bisherigen Erfahrungen die Möglichkeit tritt, daß zwei andere Familien mit demselben Kostenaufwand als Lehrer, im Transportwesen usw. Beschäftigung finden, so wird man unschwer begreifen können, wieviel wichtigere Aufgaben auf dem Gebiet der Kolonisation an anderer Stelle im palästinensischen Siedlungswerk hätten geleistet werden können, mit den Mitteln, die in dem städtischen Häuserbau investiert worden sind, wenn diese Mittel in der Hand der nationalen Kolonisationsinstanzen konzentriert gewesen wären. Man muß dabei ja im Auge behalten, daß die palästinensisch-jüdischen Städte nur zu einem geringen Teil Produktions-Standorte oder Erwerbsmittelpunkte darstellen, zu viel größeren Teilen Rentnerstädte, Beamtenzentren und Schulorte sind. Vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus aber ist es etwas grundlegend anderes, ob man für die Arbeitermassen des Ruhrgebiets Wohnhäuser bereitstellt oder auch nur in Hamburg oder Rotterdam Kapital in die Wohnungsproduktion investiert oder ob man in Tel-Awiv und auf dem Karmel Villen und Beamtenhäuser für eine Million Pfund errichtet. Zudem kommt, daß das in dem Häuserbau investierte Kapital für relativ lange Zeiträume festgelegt ist und nur in den kleinen Quoten der Mietpreise und Hypothekenzinsen in die Zirkulation zurückströmt. Endlich ist die beabsichtigte Verbilligung der Wohngelegenheit in den Städten auch nicht in nennenswertem Maße eingetreten. Die Spekulationswut der Hausbesitzer und ihre monopolistische Mietpreispolitik hält ziemlich unvermindert an. Um so deutlicher tritt auf der anderen Seite das Bestreben zutage, die Löhne der Bauarbeiterschaft, die sowieso schon auf den Grenzen des Existenzminimums balancieren, noch mit aller Gewalt tiefer herunterzudrücken.

Das ist das Bild, das die sogenannte städtische Kolonisation vom nationalkolonimatorischen Standpunkt aus betrachtet, in der gegenwärtigen Stunde bietet. Das sind die Wirkungen, die von ihr bis zum heutigen Tage auf die Entwicklung des jüdischen Jischuws in Palästina ausgegangen sind. Hier werden positive Fortschritte nicht eher erzielt werden können, insbesondere wird nicht eher die jüdische gewerbliche Produktion in Palästina einen weiteren Umfang und Produktionsradius erreichen können, als nicht ein weitgehender Wandel in den Markt- und Kaufkraftbedingungen eingetreten ist. Eine Verdichtung des inneren Marktes ist eine

conditio sine qua non dieser Entwicklung. Diese Verdichtung kann nur von einer stärkeren jüdischen Einwanderung nach Palästina kommen, die aber heute eben nicht von der Stadt, sondern nur von der Urproduktion und den auf die Urproduktion sich stützenden Erwerbszweigen aufgenommen werden kann. Bedenkt man, wie eng der Bezirk der jüdisch-palästinensischen Wirtschaft zur Stunde noch ist, daß er den Kreis einer deutschen Mittelstadt kaum überschreitet, so wird man verstehen, daß eine Einwanderung und Verwurzelung von auch nur einigen Tausenden von Juden in der palästinensischen Landwirtschaft in ihren Wirkungen auf die palästinensischen Marktbedingungen von relativ großer Bedeutung ist. Dazu muß der städtischen Industrie und dem Handwerk eine zureichende Kreditorganisation geschaffen werden, ohne die sie sich auch unter verbesserten Absatzbedingungen nicht leistungsfähig erhalten kann. Selbstverständlich muß mit dem Boykott der jüdischen Kaufmannschaft gegen die palästinensische Produktion zugunsten der billigen importierten Ware ein für allemal gebrochen werden. Die Haifaer jüdische Handelskammer hat in einer ihrer letzten Sitzungen beschlossen, eine „Liga zum Schutz der heimischen Produktion“ ins Leben zu rufen. Aber wir fürchten, daß es doch hieße, den Bock zum Gärtner zu machen, wenn wir uns mit diesen Proklamationen der Handelskammer begnügten. Der jüdische Jischuw als Ganzes muß bei den Händlern seinen Willen zur eigenen Produktion durchsetzen, selbstverständlich darf es sich dabei nicht um schlechte oder überteuerte Erzeugnisse handeln, sondern um diejenigen Produkte, die in Preis und Qualität zufriedenstellend und daher der Unterstützung wohl wert sind. Erst wenn diese Voraussetzungen — Verdichtung des inneren Marktes, Stärkung der inneren Kaufkraft, Kreditorganisation usw. — gegeben sein werden, wird auch die städtische Kolonisation in Palästina die volkswirtschaftliche Basis besitzen, die sie heute noch entbehrt und die allein sie in Stand setzen kann, Grundlage der nationalen Kolonisation und einer erweiterten jüdischen Einwanderung zu bilden.

Unterdes liegt nach wie vor das ausschlaggebende Gewicht unserer ganzen ökonomischen Politik auf der landwirtschaftlichen Kolonisation, der von jeher das besondere Interesse der zionistischen Kolonisatoren gewidmet war. Was die jüdische Landwirtschaft in Palästina anbetrifft, so muß natürlich dabei zwischen den alten Kolonien, den Großkolonien, den Plantagensiedlungen in Jehuda und Schomron und den „alten“ Bauernkolonien im Galil einerseits und den neuen Siedlungen der Arbeiter, die im wesentlichen das Resultat der zionistischen Kolonisation der letzten 15 Jahre sind und die über das ganze Land von Beer Towija bis Tel Chai verstreut liegen, scharf unterschieden werden.

Die Lage in den alten Kolonien ist unverändert schlecht und schwierig, und es dürfte schwer sein, Rezepte zu finden, die in der nächsten Zeit eine Heilung der Krebschäden dieser Siedlungen herbeiführen können. Die Ahusot, Poria wie Ruchama, wie die von Agudat Netaim befinden sich in ungefähr dem gleichen Zustand. Die Kolonien stagnieren innerlich vollkommen, sie zeigen kaum Spuren von sozialer und kultureller Aktivität. Ihre ökonomische

Situation zeigt eine permanente Depression, die Kolonien sind zum großen Teil stark verschuldet und die Zinsen, die häufig keine stabilen Bankzinsen, sondern übermäßige und unerträgliche Wucherzinsen sind, lasten schwer auf den Betrieben. Es ist ein trauriges Symptom, von dem Sagorodski in einem seiner letzten Aufsätze im „Haolam“ gesprochen hat, daß in einer unserer Großkolonien die Dinge so weit gediehen sind, daß ein großes bepflanztes Areal, welches unter großem Aufwand nationalen Kapitals kultiviert worden ist, in nicht-jüdische Hände übergegangen ist. Durch die Aktionsunfähigkeit und Illiquidität unserer bestehenden Kreditinstitute verschärft sich naturgemäß noch diese schwere Lage. Daß nach wie vor die vielen Zehntausende von Dunam, die im Besitz der alten Kolonien sich befinden, nur wenigen Dutzend jüdischen Arbeitern Lebensmöglichkeit zu geben imstande sind, bedarf keiner besonderen Betonung. Daran haben auch die Schwüre, die 1921 an den Gräbern der Mäigefallenen von Petach-Tikwah geschworen wurden, nichts ändern können. Auf einer Bodenfläche, die imstande wäre, eine breite Alijah von vielen Hunderten selbstarbeitenden Siedlerfamilien aufzunehmen und ihnen eine Existenz zu ermöglichen, und die nach wie vor tatsächlich vielen Hunderten von arabischen Arbeitern Lohn und Brot gibt, kann die jüdische Arbeit auf keinen Fall Fuß fassen. Wenn die jüdischen Arbeiter nichtsdestoweniger den Kampf um den Kibusch Haawodah noch nicht aufgegeben haben, sondern nach wie vor mit zäher Energie bemüht sind, in die Kolonien einzudringen, so haben sie doch dabei nicht mehr die dauernde Eroberung dieser Lohnarbeitspositionen im Auge. Für sie haben vielmehr die alten Kolonien heute die große Bedeutung von Lehrstätten: in ihnen wird, wo es vorübergehend gelingt, Fuß zu fassen, der junge Chaluz in die palästinensische Landwirtschaft eingeführt, um dann auf Grund dieser Durchbildung in die auf Selbstarbeit begründeten Siedlungen, die Kwuzot, die Moschawim oder den Gdud überzugehen. Der Markt für die auf den Export eingestellten Kolonien, vor allem also die orangepflanzenden, ist nach wie vor nicht günstig. Zwar kann man ein Ansteigen der absoluten Exportziffern feststellen. So betrug der Orangenexport via Jaffa im Jahre 1920/21 insgesamt 801 830 Kisten, 1921/22 1 222 000 Kisten, im Jahre 1922/23 1 394 912 Kisten. Es ist anzunehmen, daß der jüdische Anteil an diesem Export ungefähr in dem gleichen Verhältnis gestiegen ist wie diese absoluten Ziffern (obwohl der Bericht von „Pardes“ ein Sinken unseres Anteils zeigt). Dagegen sind die Preise, die in Liverpool und Glasgow erzielt wurden, nicht günstig, sodaß das wirtschaftliche Endresultat dadurch stark beeinträchtigt wird. Einerseits spielt dabei die Konkurrenz der übrigen Mittelmeerländer, besonders Spaniens, eine Rolle, die dazu noch den Vorteil besserer Verkehrsbedingungen und niedrigerer Frachtkosten nach den englischen Märkten genießen, andererseits ist die Aufnahmefähigkeit des Marktes für diese Produkte überhaupt nicht sehr weit gesteckt. Es zeigt sich, und besonders deutlich nach dem Kriege, daß Produkte, wie Orangen, Mandeln, Wein, auch wenn sie ihrer Qualität nach Monopolprodukte sind, nur einen relativ

engen und unsicheren Absatz haben, weil sie Güter relativ niedrigen volkswirtschaftlichen Grenznutzens sind. Wo eine Krise das Wirtschaftsleben der Marktländer bedroht, werden diese entbehrlichen Einfuhrgüter am schwersten von ihr betroffen. Wo die Krisis so schwere Formen annimmt, wie gegenwärtig in Zentral- und Osteuropa, tritt beinahe eine Aufnahmesperre ein. Zuweilen legt sich sogar der Staat ins Mittel, um, wie in den ersten Nachkriegszeiten in der Tschechoslowakei, diesen entbehrlichen Luxusimport gänzlich zu unterbinden. Die Getreidebau-Kolonien wiederum sind gegenüber der Einfuhr nach Palästina nicht konkurrenzfähig. Sogar die australische Produktion ist trotz den hohen Frachtkosten im letzten Jahre Monate hindurch imstande gewesen, die einheimische palästinensisch-jüdische Erzeugung zu unterbieten. So kommt es, daß in fast allen alten jüdischen Kolonien heute Land käuflich zu haben ist und daß viele der Kolonisten, die sowieso nicht durch ihre eigene Arbeit mit ihrem Betriebe verbunden sind, bereitstehen, ihr Leben in der Kolonie mit einer kleinbürgerlichen Existenz in der Stadt zu vertauschen.

Damit konzentriert sich unsere Aufmerksamkeit für unsere zukünftige Kolonisations-Politik und die Betrachtung der nächsten Aufgaben des Palästina-Siedlungswerkes auf die neuen Siedlungen, das heißt also: die kolonisationspolitischen Positionen der jüdischen Arbeiterschaft, die im Verlauf der letzten 15 Jahre aus der Initiative der jüdischen Arbeiter heraus und unter tatkräftiger Mitwirkung der zionistischen Kolonisations-Instanzen entstanden sind. Ueberblicken wir das gesamte jüdische Palästina-Werk, das nun etwa ein halbes Jahrhundert hinter sich hat, so sind diese auf jüdischer Arbeit basierten Siedlungen wohl als die einzigen Punkte zu betrachten, die man als Kristallisationskerne gesunder nationalwirtschaftlicher Entwicklung der Juden im Lande werten kann. In seinem unendlich schweren Kampf um die Durchsetzung seiner nationalen und sozialen Befreiungsbestrebungen hat der jüdische Arbeiter in Palästina zugleich die Positionen geschaffen, die einzig und allein die tragfähige Grundlage unseres ganzen Siedlungswerkes in Palästina sein können.

Was die Lage der Arbeitersiedlungen nun, der Kwuzot, der Moschawim, des Gdud angeht, von der wir auszugehen haben, um die Aufgaben zu erkennen, die unserer Kolonisationspolitik in den nächsten Jahren harren, so ist es wohl klar, wie gerade diese Betriebe, die auf nationale Kapitalien angewiesen sind, unter der akuten Finanzkrisis, die gegenwärtig den Zionismus beherrscht, in ihrer Entwicklung gelitten haben. Die Stimmen, die aus den Siedlungen unserer Genossen dringen, werden immer ernster und erheischen unsere volle Aufmerksamkeit. Vor wenigen Wochen ist in der palästinensischen Presse ein Brief der Zentrale der landwirtschaftlichen Arbeiterorganisation an die Zionistische Exekutive veröffentlicht worden, in dem auf die Folgen der unzulänglichen Keren Hajessod-Resultate und der andauernden Reduzierungen des landwirtschaftlichen Budgets aufmerksam gemacht wird. Nicht nur, daß die ökonomische Entwicklung der Betriebe selbst

schwer darunter leidet, es stellen sich vielmehr Wirkungen ein, die vielleicht noch ernster beachtet werden müssen. In dem Brief wird darauf hingewiesen, daß bei den Arbeitern merkliche Spuren von Unterernährung auftreten. Die Kinder in den Siedlungen müssen beinahe vollständig ohne Milch und Fleisch aufwachsen. Auf diese Weise wird das kostbarste nationale Kapital gefährdet, das das jüdische Volk überhaupt gegenwärtig besitzt, die ungebrochene, den harten palästinensischen Bedingungen gewachsene Arbeitskraft des jüdischen arbeitenden Menschen. Wenn es auch die Not ist, die uns dazu zwingt, so bedeutet das doch, objektiv gesehen, eine Verschwendung nationalen Kapitals, die zu den schwersten Verlusten dieser Krisenjahre gezählt werden muß. Sie wird sich nicht nur in der Gesundheit, sondern auch in der Arbeitsfähigkeit dieser und der kommenden Siedlergeneration des jüdischen Jischuw zeigen müssen.

Den hier angedeuteten außerordentlich schweren Verhältnissen zum Trotz befinden wir uns doch in den Siedlungen der jüdischen Arbeiterschaft in einem, wenn auch langsamen und durch viele Hindernisse aufgehaltenen, so doch sicheren kolonisations-wirtschaftlichen Aufstieg. Der 12. Zionistenkongreß im Jahre 1921 hat mit Hilfe des Budgets, über das er disponiert hat, in Bezug auf die Arbeitersiedlungen ein Siedlungsprogramm aufgestellt, das in zwei Teile zerfiel. Einerseits sollten die bestehenden Positionen ausgebaut, konsolidiert und ihrer endgültigen ökonomischen Unabhängigkeit entgegengeführt werden, wozu bestimmte letzte Zuschußkapitalien für Bauten, Wasseranlagen und dergl. notwendig waren. Andererseits sollte über die bestehenden Betriebe hinaus die neue Kolonisation, die sich vor allem auf die Emek-Böden konzentriert, kräftig einsetzen. Ungeachtet aller Schwierigkeiten, hat die nationale landwirtschaftliche Kolonisation seit dem Kongreß in der Durchführung dieses zweiseitigen Programms wichtige Schritte vorwärts getan. In der verhältnismäßig kurzen Zeit von anderthalb Jahren hat sich z. B. die nationale landwirtschaftliche Kolonisation quantitativ verhältnismäßig sehr stark erweitert. Gab es vor dem Kongreß in diesen unseren Betrieben im ganzen etwa 690 Arbeiter, die eine Fläche von ungefähr 20 000 Dunam in Kultur hatten, so sind heute schon nahezu 1800, die ein Areal von 45 000 Dunam bearbeiten. Das ist die ganze wirtschaftliche Festung, die der jüdische Jischuw in der gegenwärtigen Stunde besitzt und die Differenz zwischen den Zahlen von 1921 und den heute gegebenen ist das ganze Plus an realer Macht, das wir im Lande seit dem letzten Kongreß erworben haben. Auch der zweite Teil des Karlsbader Programms ist zum Teil durchgeführt worden. Aber alles hat natürlicherweise unter den stetigen Einschränkungen des Kolonisationsbudgets, die häufig alle Dispositionen der Betriebe über den Haufen warfen, schwer gelitten.

So lange nun das Budget, über das wir verfügen, sich in den Grenzen hält, die wir aus den letzten Jahren kennen, so lange das Kolonisationsprogramm des 12. Kongresses nicht vollständig verwirklicht ist, die bestehenden Betriebe nicht endgültig konsolidiert, die neuen Siedlungsprojekte genügend

fundiert sind, hat es keinen Sinn, großartigen neuen Entwürfen und Programmen nachzujagen. Halten wir den Blick fest auf die nächsten Ziele gerichtet, die der zwölfte Kongreß gesteckt hat, und die wir noch nicht haben erreichen können. Wird unsere Kraft in der nächsten Zeit weiter reichen, als diese Ziele uns führen können, so haben wir dann unsere Energie konzentriert in den weiteren Ausbau der nationalen landwirtschaftlichen Kolonisation, auf die Schaffung neuer Arbeitersiedlungen, gleichviel in welcher Form, seien es Kwuzoth oder Moschawim, einzusetzen.

Betrachtet man die Entwicklung der schon längere Zeit hindurch bestehenden Arbeitersiedlungen, so findet man sie heute vor allen Dingen von dem Bestreben beherrscht, die ökonomische Selbständigkeit dieser Wirtschaften endgültig sicherzustellen. Alles, was auf dem Wege zu diesem, von den Arbeitern selbst heiß herbeigesehnten Ziel zu führen geeignet ist, ist getan worden und wird getan. Die Wirtschaft ist durch Hinzufügung weiterer wichtiger Betriebszweige bereichert und erweitert worden. Vor allem hat man dabei auf die Anlage und die Ausgestaltung der Milchwirtschaften, die Herstellung von Molkereiprodukten und auf die Geflügel- und Bienenzucht Wert gelegt. Diese neuen Zweige sollen dazu dienen, die Absatzmöglichkeiten des landwirtschaftlichen Betriebes zu steigern. Daß dieses Ziel nicht in dem gewünschten Maße erreicht worden ist, liegt wiederum zum großen Teil an den ganz engen Kaufkraftbedingungen des palästinensischen jüdischen Marktes, der, wie Wilkansky neuerdings klar nachgewiesen hat, auch für Milch, Eier u. dergl. keinen weitgesteckten Bedarf befriedigen kann. Zudem drückt die arabische, und neuerdings auch die ägyptische Konkurrenz sehr schwer. Die Träume, die man einst bei uns z. B. über die Belieferung von Ägypten mit Frühgemüse geträumt hat, sind in der Wirklichkeit ins Gegenteil umgeschlagen. Seitdem die Bahnverbindung zwischen Ägypten und Palästina besteht, wird das Land mit billigem Gemüse überflutet, sodaß die Preise so stark gesunken sind, daß ein Gemüsebau für den Markt überhaupt nicht mehr lohnend ist und unsere Betriebe sich darauf beschränken, ihren eigenen Gemüsebedarf zu decken. Das gleiche ist von dem ägyptischen Import von Molkereiprodukten zu sagen. Dennoch hat die Differenzierung der Wirtschaftszweige im Betrieb dazu beigetragen, die Entfaltung der Betriebe zu beschleunigen und ihrer Rentabilisierung näherzudringen.

Auf dem Wege zu der schließlichen Verselbständigung ist auch die Frage der Budgets der Betriebe, der berichtigten „Takziwim“ ihrer Lösung einen Schritt näher gebracht worden. Schon die Beratung der landwirtschaftlichen Arbeiter, die im Jahre 1921 getagt hat, hat beschlossen, mit dem System der Budgets, wie es bis dahin bestanden hatte, das die Arbeiter der Betriebe als Angestellte der zionistischen Exekutive, die unabhängig von der Wirtschaftsführung ihres Betriebes Anspruch auf feste Entlohnung zu erheben hätten, ansah, zu brechen. An die Stelle dieser Budgets ist einerseits die Befriedigung eines Bedarfsminimums getreten, über das hinaus die Arbeiter nur dann Anspruch auf weitere Entlohnung erheben

können, wenn die Wirtschaftsbilanz ihres Betriebes diese Ansprüche rechtfertigt. Es ist damit ein Uebergangszustand vom Budget-System zur völligen ökonomischen Unabhängigkeit der Betriebe geschaffen. Andererseits ist beschlossen worden, nur noch Zuschußkapitalien als Kredite für den Ausbau der Wirtschaft, für die Komplettierung des Inventars, aufzunehmen. Diese Neuregelung des Entlohnungssystems in den alten Kwuzoth ist selbstverständlich wiederum nur dadurch möglich geworden, daß die Arbeiter in den Betrieben ihre Bedürfnisse soweit wie möglich eingeschränkt haben, sodaß sie ihre Existenz mit Hilfe des festen Minimums fristen konnten. Außerdem haben sich die Kwuzoth stärker als vorher bemüht, ihren Bedarf an Nahrungsmitteln, an Getreide, Gemüse usw. durch ihre eigene Produktion zu decken, um dadurch so weit als möglich unabhängig vom Markt und von der Verfügung über flüssige Zahlungsmittel zu werden. In Eju-Charod ist ja sogar der Versuch unternommen worden, durch Einbeziehung von Handwerkern auch den Bedarf an handwerklichen Produkten in der eigenen Wirtschaft zu befriedigen, um die Abhängigkeit vom äußeren Markt auf ein Minimum herunterzudrücken.

Die Fragen, die diese bestehenden Betriebe im gegenwärtigen Augenblick außerdem beschäftigen und die in der nächsten Zeit ihre Lösung finden müssen, sind mannigfaltig: In manchen der alten Kwuzoth leidet die Wirtschaft außerordentlich schwer unter dem bestehenden Bodenmangel. Die Kwuzah hat zum Teil nur ungenügende Flächen zur Verfügung, die eine rationelle Betriebsführung nicht gestatten. Manche der Kwuzoth, wie z. B. Dagania C, haben sogar ihren Boden räumen müssen, weil das Areal völlig ungenügend gewesen ist. So ist die Kwuzah Dagania C nach Djindjir überführt worden. Ähnliche Fragen bestehen aber auch an anderen Orten, wie Beer Towiah. Für diese Kwuzoth müssen zusätzliche Böden beschafft werden, damit sie ihre Betriebe in der wünschenswerten Weise ausgestalten können. Ebenso verlangt die Frage der Wasseranlagen überall dort, wo sie noch keine befriedigende Lösung gefunden hat, eine energische Inangriffnahme. In dieser Beziehung ist auf Grund des Etats des XII. Kongresses im Laufe der letzten beiden Jahre manches getan worden, sogar Chulda und Machanajim, die unter schwierigen Wasserverhältnissen zu leiden hatten, sind bis zu einem gewissen Grade befriedigt worden. Jedenfalls muß an allen Orten, wo es noch nicht geschehen ist, die Wasseranlage durchgeführt werden, die es auf der einen Seite ermöglicht, z. B. den Gemüsebedarf der Kwuzah zu decken, und auf der andern Seite eine Arbeitsentlastung von nicht geringer Bedeutung herbeiführt. Müssen doch in den Kwuzoth, die keine eigenen Wasseranlagen besitzen, ständig einige Arbeitskräfte an Menschen und Arbeitstieren dafür eingesetzt werden, um den Wasserbedarf der Kwuzah zu decken.

Darüber hinaus sollte man vielleicht gerade in der gegenwärtigen Stunde mit weiteren größeren Investitionen ziemlich zurückhaltend sein. Ein neuer Begleitumstand ist nämlich eingetreten, der diese Haltung besonders notwendig macht: das ist das Verhältnis zwischen den Preisen der Produktions-

mittel für die landwirtschaftlichen Betriebe und den Preisen der landwirtschaftlichen Produkte selbst. Während die Preise für die landwirtschaftlichen Produkte in Palästina bereits wieder auf das Friedensniveau zurückgesunken sind, teilweise sogar noch etwas darunter liegen, haben sich die Preise für die Produktionsmittel (Maschinen, lebendes Inventar usw.) auf der Höhe gehalten, die sie im Kriege erklimmen haben. Die Amortisation dieser teureren Produktionsmittel belastet die Wirtschaftsrechnung der Betriebe sehr schwer. Während die Erträge unserer Betriebe nicht wesentlich über die primitiven Betriebe der Araber hinausgehen, sind sie so durch die Disharmonie, die hier angedeutet wurde, um so schwerer belastet. Die Investition von Kapitalien in teuer zu kaufende, besonders die zu importierenden Produktionsmittel, sollte also gerade in der allernächsten Zeit auf ein mögliches Minimum eingeschränkt werden.

Außerdem ist es die Frage des langfristigen Agrarkredits, die die alten Betriebe intensiv interessiert. Diese Frage ist weder durch die Gründung der städtischen Hypothekenbank noch durch die Gründung der Arbeiterbank gelöst worden. Die Arbeiterbank hat zwar im letzten Jahre eine große Rolle für die Arbeitersiedlungen gespielt. Wenn ihre Mittel auch sehr beschränkt waren, so hatte sie diese Mittel doch vollständig auf die Arbeitskolonisation konzentriert und hat so außerordentlich nützlich werden können. In diesem einen Jahre hat die Arbeiterbank mehr als 50 000 £ an Krediten den landwirtschaftlichen Arbeitersiedlungen gegeben. Naturgemäß konnte sie aber nur beschränkte und nur kurzfristige Kredite geben und konnte so eine wichtige Frage nicht lösen. Gerade die Schulden, die in nicht unwesentlicher Höhe von der Vergangenheit her auf den Betrieben lasten, die zum Teil auch keine normalen Bankschulden, sondern Wucherschulden an jüdische und arabische private Geldgeber darstellen, sind es ja, die besonders schwer drücken und die teilweise die Rentabilität der Betriebe unmöglich machen. Diese Schulden können nur mit Hilfe von stabilem, langfristigem Agrarbankkredit abgedeckt werden. Dazu ist die Schaffung eines Kreditinstituts vonnöten, das imstande ist, dem Betrieb Kredite auf vier bis fünf Jahre zu geben. Mit Hilfe dieses Instituts können dann natürlich auch alle die Verbesserungen getroffen werden, die diese Betriebe erfordern, um zu ihrer endgültigen Konsolidierung zu gelangen.

Im engen Rahmen dieser bestehenden Betriebe spielte sich nun bis zum Jahre 1921 die ganze nationale Arbeitskolonisation in der Landwirtschaft ab. Das starke Streben nach einer Erweiterung dieser Siedlungstätigkeit und nach einer Einbeziehung von größeren Arbeiterzahlen in die landwirtschaftliche Kolonisation hatte keine Möglichkeit, sich in die Wirklichkeit umzusetzen. Auch diejenigen neuen Siedlungsversuche, die nach dem Kriege entstanden waren, wie die obergaliläischen Kwuzoth, Daganja B und C, Har Kinereth, Dilb usw., waren aus Bodenmangel ungeeignet, größere Teile der neuen Alijah in sich aufzunehmen und in die palästinensische Landwirtschaft zu überführen. Diese Situation änderte sich erst mit den großen Bodenkäufen im Emek, die

einen breiten Riegel fruchtbarer Erde auf der Grenze von Schomron und Galil in jüdische Hand legten. Von diesen Bodenkäufen ging eine starke und wertvolle Belebung der neuen landwirtschaftlichen Kolonisation aus. Einerseits wurde dadurch die Möglichkeit gegeben, Hunderte von neuen Olim in die Landwirtschaft einzureihen, andererseits wurde die Perspektive eröffnet, endlich wieder an die Schaffung neuer Siedlungen heranzugehen.

So wurden im Emek die beiden neuen Moschawe Ondim geschaffen, deren Genossen sich schon lange der Vorbereitung für diese neue Arbeit und Lebensform gewidmet hatten. In diesen Siedlungen wurde die Elite der landwirtschaftlichen Arbeiterschaft Palästinas konzentriert, die im Laufe der letzten fünfzehn Jahre herangewachsen ist. Starke und berechnete Hoffnungen sind mit diesem Typus des Moschaw verknüpft. Durch den Gdud wurde nach dem Plan von Lewkowitch die große Kwuzah geschaffen, die Hunderte der neuen Chaluzim zusammen mit einigen alten erfahrenen Arbeitern in sich vereinigt, auf der gemeinsamen Grundlage von Landwirtschaft und Handwerk, die den ganzen Eigenbedarf des Betriebes in kommunistischer Form befriedigen soll. Es sind auch einige neue „kleine Kwuzoth“ geschaffen worden, die in Giwa und Djindjir angesiedelt wurden, und einige kleinere Moschawim, wie Balfouria und Enchaj. Auf diese Weise ist die Ausdehnung der landwirtschaftlichen Produktionssphäre auf der Grundlage der jüdischen Arbeit vor sich gegangen, von der wir oben gesprochen haben.

Die Produktionspolitik dieser neuen Siedlungen war von Anfang an darauf eingestellt, daß mit Hilfe der Kapitalien, die die neuen Siedlungspunkte zur Verfügung erhielten, diejenigen Wirtschaftszweige entfaltet wurden, die einerseits zur dauernden Grundlage der Wirtschaftsführung der Betriebe werden konnten, andererseits in möglichst kurzer Frist Wirtschaftsergebnisse erwarten lassen. Dieses Ziel ist von den neuen Emek-Positionen bis zu einem gewissen Maße erreicht worden. Nach den Berichten der landwirtschaftlichen Arbeiterorganisation hat der Gdud für seine 350 Genossen bereits im ersten Jahre es erreicht, Brotgetreide für sechs Monate zu produzieren und auch den Futterbedarf des Arbeitsviehs bis zu einem gewissen Maße zu befriedigen. Er deckte den ganzen Gemüsebedarf durch systematischen und großzügigen Anbau, so daß ein Ueberschußprodukt noch auf den Markt geliefert werden konnte. Im Verlaufe kurzer Frist richteten die Genossen von Nahalal ihre Milchwirtschaft und Geflügelzucht so weit ein, daß sie ihren Bedarf an diesen Produkten völlig selbständig decken konnten. Selbstverständlich ist die Weiterentwicklung dieser Betriebe nur in einem langsamen und organischen Entwicklungsprozeß möglich. Nicht nur in Palästina, sondern in jedem neuen Siedlungsland ist es undenkbar, daß vielseitige und reich entwickelte landwirtschaftliche Betriebe in aller Plötzlichkeit aus dem Boden schießen.

Wie stark die palästinensischen Arbeiter sich an diese kolonialisatorischen Grundgedanken gewöhnt haben, zeigt in den neuen Emek-Siedlungen z. B. die Frage der Bauten. In den Siedlungen, in denen wie im Gdud die Mehrheit

der Genossen aus jungen und unverheirateten Menschen bestand, ist die Frage der Aufrichtung massiver Wohngebäude angesichts der finanziellen Schwierigkeiten überhaupt nicht gestellt worden. Zelt und Baracke ersetzen dort noch immer das feste und dauernde Wohnhaus. Aber auch in den Moschawim, in denen beinahe ausschließlich Familien mit Frau und Kindern angesiedelt werden, hat man den Bau der Wohngebäude zum großen Teil noch zurückgestellt. Dagegen ist überall auf den Bau massiver Viehställe von Anfang an entscheidender Wert gelegt worden. Mit Hilfe von Krediten an Geld und Baumaterial ist in den neuen Siedlungen die Errichtung der Viehställe zumeist in Eisenbetonbau durchgeführt worden. In dieser Weise hat die palästinensische Wirklichkeit die Frage des full equipment auf ihre Art gelöst. In der Tat ist das, was die neuen Siedlungen für den Beginn ihrer Wirtschaftsführung an Kapital und Inventar mitbekommen haben, durch die Not auf ein Minimum reduziert worden. Insofern hat auch der Bericht der Reorganisationskommission Julius Simon-de Lieme in dieser Frage recht gehabt, wie es überhaupt immer deutlicher wird, daß durch eine sachliche Klärung der von diesem Bericht angeschnittenen Fragen manches Wertvolle für unsere Kolonisationspolitik hätte erreicht werden können. Auch in den Fragen, in denen die Berichterstatter unserer Meinung nach in schweren Irrtümern befangen sind, hätte jedenfalls eine sachliche Erörterung der Probleme weiter geführt als die unbegreifliche Feindseligkeit, mit der diese Arbeit abgetan worden ist.

Selbstverständlich leiden die neuen Betriebe unter der Finanznot sehr schwer. Wenn man für Nahalal, wo auf sumpfigem Terrain 85 Familien angesiedelt werden sollten, für die ersten zwei Jahre 40 000 £ veranschlagt hat, von denen im ersten aus Keren Hajessod-Mitteln nur 7500 und aus Krediten nur noch weitere 1500 £ hinzugekommen sind, so wird man verstehen, was diese Tatsachen nicht nur für die Lebensführung der Arbeiter, sondern auch für die wirtschaftliche Weiterentwicklung der Betriebe bedeuten. Für Nahalal, das bekanntlich auf individualwirtschaftlichem Prinzip aufgebaut ist, waren 175 Stück Arbeitsvieh vorgesehen. Vor einigen Monaten waren erst nicht mehr als 28 Stück vorhanden. Es ist das eine Situation, die nicht nur im Augenblick die Wirtschaftsführung der neuen Siedlungen schwer belastet, sondern auch ihre zukünftige Weiterentwicklung vielleicht schon im Keim gefährdet. Monate hindurch sind die neuen Siedlungen im Emek ohne finanzielle Unterstützung geblieben, die es ihnen ermöglicht hätte, planmäßig ihre Wirtschaft aufzubauen. Monate hindurch war sogar die Möglichkeit der Weiterarbeit in den neuen Siedlungen in Frage gestellt. Wenn dennoch diese Positionen sich gehalten haben und wenn sogar trotz allem ein großer Teil der programmäßig vorgesehenen Arbeiten verwirklicht worden ist und das wenige Geld, das den Betrieben zur Verfügung gestellt wurde, fast durchweg produktiv angelegt und in Form von Sachwerten, Gebäuden, Inventar, Produktionsmitteln, erhalten wurde, so sind diese unzweifelhaft wichtigen Erfolge einzig und allein der fast übermenschlichen An-

strengung zu verdanken, mit der die Arbeiter dieser Siedlungen auch unter den allerschwersten Bedingungen ausgehalten haben.

Was diese neuen Siedlungen anbetrifft, so müssen sie in der nächsten Zeit noch diejenige Unterstützung erhalten, die ihren gesunden, ökonomischen Start sichert. Es muß ihnen die Möglichkeit gegeben werden, ihre Betriebe so zu fundieren, daß sie in möglichst kurzer Zeit zur vollständigen ökonomischen Unabhängigkeit gelangen können. Es ist das auch die einzige Hilfe, die unsere Genossen in den Emek-Siedlungen von uns erwarten.

Um die Erreichung dieses Zieles zu ermöglichen, muß auf dem XIII. Kongreß vor allem das neue Palästina-Budget derart aufgebaut werden, daß die Befriedigung dieser elementaren Bedürfnisse unserer Kolonisation auf jeden Fall gesichert wird. Vor allen Dingen muß, wenn schon nicht die ausdrückliche Priorität dieser Ausgaben, dann wenigstens die einmal angenommene Proportion der Verteilung der vorhandenen Mittel auf die verschiedenen zionistischen Tätigkeitsgebiete im Lande ganz strikt und genau eingehalten werden. Es geht nicht an, daß gerade die landwirtschaftliche Kolonisation, wie es mehrfach im Laufe der beiden letzten Jahre geschehen ist, über die beschlossene Proportion hinaus verkürzt und ihre Arbeitsmöglichkeit beschränkt wird, während andere Zweige, an deren Wichtigkeit an und für sich selbstverständlich nicht gezweifelt werden soll, wie die Erziehungsarbeit und die sanitäre Arbeit, vollständig berücksichtigt worden sind. Mindestens die feste Proportionalität im Ausgabenetat muß zugunsten der landwirtschaftlichen Kolonisation genau eingehalten werden. Außerdem müssen Mittel und Wege gefunden werden, um nicht nur die fest bestimmte, sondern auch die zeitlich exakte Bereitstellung der Mittel für die landwirtschaftliche Kolonisation zu sichern. Die Verspätung der Eingänge, die sich im Keren Hajessod beinahe allmonatlich eingestellt hat und die Unbestimmtheit der zu erwartenden verfügbaren Mittel haben häufig jede klare Disposition über die Mittel unmöglich gemacht und eine andauernde Revidierung des Wirtschaftsplans zur Folge gehabt. Beschränkte Mittel, die zeitlich genau einlaufen und den Betrieben ein klares Aktionsprogramm gestatten, sind in dieser Beziehung günstiger als große, aber unsichere und in unbestimmten Raten eingelöste Verpflichtungen.

Darüber hinaus müssen die verfügbaren Mittel für die schrittweise vorzunehmende Erweiterung unserer landwirtschaftlichen Kolonisation und die Neuschaffung von Siedlungen eingesetzt werden. Der Etat, den die Zentrale der landwirtschaftlichen Arbeiter für das Jahr 1923-24. ausgearbeitet hat und der sich auf 150 000 £ beläuft, sieht neben den notwendigen Zuwendungen an die bestehenden Betriebe und neben sonstigen Ausgaben, wie der Fundierung der Jemenitensiedlungen, der Anlage von Arbeiterküchen in den Kolonien, auch eine solche Erweiterung der Neukolonisation vor. Im nächsten Jahr sollen selbst unter der Voraussetzung der beschränkten Mittel, über die wir zurzeit verfügen, mindestens einige Hunderte neuer Siedler

in die Landwirtschaft übergeführt werden, um dort ihre dauernde Existenz zu begründen. Wird diese Erweiterung der Neukolonisation, die Schaffung neuer Arbeitssiedlungen, in der allernächsten Zeit auch einen bestimmten relativ engen Rahmen nicht überschreiten können, so ist doch für unsere Entwicklung im Lande auch die feste wirtschaftlich-kolonisatorische Ansetzung von einigen Hunderten neuer Arbeitersiedler ein ökonomisch und politisch sehr bedeutender Wert. Wieviel Zuversicht, wieviel Mut und Schaffenskraft hat der jüdische Jischuw in den letzten Jahren aus unserer neuen Emek-Arbeit geschöpft! Ein Aufatmen ging durch die palästinensische Judenheit, als die ersten Chawerim das Neuland in Malul besetzten, um an der Stelle, wo heute Nahalal gebaut wird, mit den vorbereitenden Okkupations- und Aufschließungsarbeiten zu beginnen. Die Zentrale der landwirtschaftlichen Arbeiter hat für die Neukolonisation, die wir nach dem XIII. Kongreß durchzuführen haben, ein Minimum von 85—100 £ auf den Siedler für das erste Jahr als erforderlich bezeichnet. Auch in dieser Forderung kommt das angespannte Bestreben der Arbeiterschaft zum Ausdruck, ihre Bedürfnisse und das Equipment ihrer Betriebe den heute gegebenen finanziellen Möglichkeiten anzupassen, indem sie ihre Forderungen bis aufs äußerste einschränken. Nach diesem Voranschlag wären also mindestens 50 000 £ für die Zwecke der Neukolonisation im nächsten Jahre bereitzustellen.

Vielleicht gehören in den Zusammenhang unseres Aktionsprogramms der Neukolonisation auch die Vorschläge und Pläne, die eine ganz spezielle neue Sonderform der Siedlung zum Ziel haben. Ich meine die Vorschläge, die darauf abzielen, die Existenzfrage der städtischen Arbeiterschaft durch die Gründung der sogenannten „Schchunoth Owdim“ ihrer Lösung entgegenzuführen. Um einerseits die wirtschaftliche Existenz der städtischen Arbeiter nach Möglichkeit zu stabilisieren, ihnen für die Zeiten ökonomischer Depression und die Perioden der Arbeitslosigkeit einen möglichst starken Rückhalt zu bieten; um andererseits unserer städtischen Arbeiterschaft, die zum größten Teil mit einem ausgesprochenen Willen zur landwirtschaftlichen Arbeit, teilweise auch mit einer landwirtschaftlichen Vorbildung ins Land gekommen ist, unter den gegenwärtigen Bedingungen, die ihre völlige Ueberführung in die Landwirtschaft nicht gestatten, wenigstens einen Ersatz zu schaffen; um endlich auch zur Ueberbrückung der Kluft beizutragen, die sich infolge der Entwicklung der letzten Zeit auch in Palästina zwischen dem werktätigen Jischuw in Stadt und Land aufzutun droht, sollen am Rande der Städte Kleinsiedlungen für die Arbeiter geschaffen werden, deren gewöhnliche Tätigkeit sie an die Stadt fesselt. Die Kapitalerfordernisse, die diese Kleinsiedlungen verlangen, sind nach dem Entwurf des Misrad P'Awodoth Ziburioth, von dem der Plan ausgeht, auf ganz geringfügige Summen beschränkt worden. Zudem sollen die dafür notwendigen Mittel den Siedlern als Darlehen gegeben werden, die sie im Laufe langer Fristen in relativ kleinen Raten abzahlen können. Obwohl mit dieser Zwischenform die weitere Frage der gänzlichen Ueberführung der dritten Alijah in die Landwirtschaft

nicht gelöst werden kann — der Vorschlag verfolgt gar nicht dieses Ziel — liegt hier doch vielleicht eine wertvolle Hilfsmöglichkeit. Die Nähe des jüdischen Marktes, an dessen Rand diese halbländwirtschaftlichen Arbeitssiedlungen angelegt werden sollen, kann wahrscheinlich auch dazu beitragen, ihre ökonomische Basis zu festigen.

Daß die Zukunft unserer Kolonisation mit der Lösung einiger sehr komplizierter wirtschaftspolitischer Probleme zusammenhängt, sollte in diesem Referat des ferneren gezeigt werden. Von ihnen stehen zwei besonders im Vordergrund. Das eine bezieht sich mehr auf den einzelnen jüdischen Wirtschaftsbetrieb in Palästina als solchen und rückt das Verhältnis von Erträgen und Kosten in den Mittelpunkt der Betrachtung. Das andere bezieht sich mehr auf den palästinensisch-jüdischen Jischuw als ganzen und untersucht das Verhältnis von Produktionskraft und Verzehr, wie es sich in den Zahlen der palästinensisch-jüdischen Handelsbilanz und den Proportionen von Export und Import äußert. Die Lösung dieser Probleme ist wiederum von einer Reihe von Maßnahmen abhängig, deren Durchführung nur im Rahmen einer konsequenten Landeswirtschaftspolitik — man denke vor allem an die Fragen der Zollreform, der Währungsreform und der Steuerreform — denkbar ist. Auch diese Maßnahmen sollten hier erörtert werden. Es sollten auch Grenzen gezeigt werden, die der Wirksamkeit dieser Maßnahmen unter den heute obwaltenden Umständen gesetzt sind, um unbegründeten Illusionen, die sich auch hier wieder breit machen wollen, vorzubeugen. Aber es ist zu befürchten, daß eine Erörterung aller dieser Probleme das Referat allzu stark belasten würde.

Schließen wir also ab. In einem der Briefe, die vor einigen Wochen aus dem Nachlaß von Josef Chajim Brenner veröffentlicht worden sind, schreibt er an einen andern der großen Toten, an Micha Josef Berdiczewski. In diesem Brief schildert Brenner in wenigen Worten die Lage in Palästina. Er zweifelt daran, ob die Juden der Gegenwart die Kraft besitzen werden, um allen Schwierigkeiten zum Trotz das Kolonisationswerk zu leisten. Diese Zweifel sind begründet und unbegründet zugleich. Das jüdische Siedlungswerk ist noch nicht über den Berg. Wir können noch nicht sagen, daß wir den sicheren Weg gefunden haben, auf dem wir bequem und mühelos dem Ziel zustreben können. Aber der jüdische Arbeiter setzt unentwegt sein zähes Ringen um die Lebens- und Wirtschaftsformen des produktiven jüdischen Jischuw fort. Schritt für Schritt sucht er, allen Entbehrungen trozend, den der Siedlung feindlichen Mächten Boden abzugewinnen. Die zionistische Bewegung hat keine andere Pflicht, als ihn in diesem Kampfe nach Kräften zu unterstützen.

Ak. Autizn.
Lipin+J
11'99

VI.2. Arlos 7

1959

Hitachdut-Verlag, G. m. b. H., Berlin

Soeben erschienen in deutscher Sprache (200 Seiten):

Chajim Arlosoroff
Die Kolonisationsfinanzen
der Jewish Agency

I n h a l t :

Vorwort. — Aus einer Denkschrift an das Hauptbüro der zionistischen Arbeitspartei Hitachdut. — Die Lage des Zionismus und die Jewish Agency. — Die Legende von der Privatinitiative. — Die zionistischen Spendenfonds. — Die moderne Siedlungskolonisation und der internationale Kredit. — Die nationale Kreditgemeinschaft und die Anleihe. — Das Syndikat, die Zentralbank und der Schuldendienst. — Schluß: Planmäßige Großkolonisation.



Preis: Für Deutschland Grundzahl 3 Mark
(Schlüssel des Deutschen Buchhandels).

Im Ausland 1 $\frac{1}{2}$ Shilling, 85 Cent, 10 tschechische Kronen, 20 000 österreichische Kronen.
gebunden 20% Zuschlag / halbleinen 40%
Zuschlag / ganzleinen 60% Zuschlag.

Zu beziehen vom Verlagslager:

Berlin - Charlottenburg, Carmerstraße 6.

Telephon: Steinplatz 11537

Druck von Siegfried Scholem, Berlin-Schöneberg.

Vl. 2. Arlos 7

1959



Verlag, G. m. b. H., Berlin

n in deutscher Sprache (200 Seiten):

Arlosoroff Organisationsfinanzen Jewish Agency

Inhalt:

Aus einer Denkschrift an das
der zionistischen Arbeitspartei
Die Lage des Zionismus und die
ey. — Die Legende von der Privat-
Die zionistischen Spenden-
e moderne Siedlungskolonisation
nationale Kredit. — Die nationale
nschaft und die Anleihe. — Das
Zentralbank und der Schulden-
— Schluß: Planmäßige
Großkolonisation.

★

Deutschland Grundzahl 3 Mark
des Deutschen Buchhandels).
1/2 Shilling, 35 Cent, 10 tschechi-
20 000 österreichische Kronen.
0% Zuschlag / halbleinen 40%
ganzleinen 60% Zuschlag.

n vom Verlagslager:

ottenburg, Carmerstraße 6.

on: Steinplatz 11537

gried Scholem, Berlin-Schöneberg.